



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Januar 2010

Einladung

zur Bezirksmitgliederversammlung am
Samstag, dem 16. Januar 2010, 14.00
Uhr

im Gemeinschaftsraum Drachenbau –
Schmilinskystr. 6a

Schwerpunktthema:

Die Arbeit der Bezirksfraktion, der Ausschussmitglieder und der zubenannten Bürger in den Beteiligungsgremien.

Das Thema dieser Versammlung ist dadurch besonders aktuell, dass wir alle aufgefordert sind, einen Antrag an den Landesparteitag aus den Walddörfern, der von einer AG des Landesvorstands bearbeitet wurde, bei „unserer nächsten Versammlung“ zu diskutieren, bevor dazu beim nächsten Landesparteitag Beschluss gefasst wird.

Die Empfehlungen der AG fügen wir diesem Mittenmang bei (siehe S. 10/11). Damit wir nicht lange Rechenschaftsberichte anhören müssen, sondern uns den Inhalten widmen können, habe ich mir Gedanken zur Arbeit der Fraktion und ihren Bedingungen gemacht und aufgeschrieben.

Neben dem Antrag der LandesAG (den die Fraktion schon mal kurz diskutiert und für gut befunden hat) wollen wir uns über Schwerpunktsetzungen in den kommenden zwei Jahren und über die Ergänzung unseres Personals austauschen.

Ich gehe davon aus, dass der Bezirksvorstand uns noch einen Tagesordnungsvorschlag machen wird, spätestens am 16.1.

Redaktionsschluss für die Februar-Ausgabe:
Sonntag, 31.01.2010

Es gilt weiter: Schreibt massenhaft! Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadressen** sind:

Tilman Rosenau Tilman.Rosenau@tele2.de

Bernhard: stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz, Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt

Einladung zur Mitgliederversammlung	S. 1
Zur Arbeit der Bezirksfraktion	S. 2
Verhältnis Partei-Fraktion	S. 3
Möglichkeiten und Grenzen	S. 4
Neue Möglichkeiten zur Mitarbeit	S. 4
Fortsetzung des Parteitags	S. 5
Ein Euro Jobs im Bezirk – ohne uns!	S. 5
Brief zum Nichtraucherschutz	S. 6
Einladung Friedensratschlag	S. 7
Doku: Wahlflyer Uni	S. 8
Termine/Kontakt	S. 9
Dokumente zur Diskussion am 16.1.	S. 10

Zur Arbeit der Bezirksfraktion

Gleich zu Anfang sei es gesagt: Wir sind nach wie vor Lernende. Fast zwei Jahre sind wir nun in der Bezirksversammlung, man hat sich an uns gewöhnt. Aber wir werden nicht als Gleichberechtigte angesehen, es gibt nach wie vor Kanäle, über die Informationen fließen, von denen wir ausgeschlossen sind. Immer wieder stellen wir fest, dass es offenbar Gespräche bzw. Absprachen gegeben hat, an denen wir nicht beteiligt waren. Wenn es auffällt, entschuldigt man sich oftmals. Die von mir oft zitierte Aussage des Fraktionsvorsitzenden der GAL im ersten Halbjahr 2008 „Wir wollen Euch nicht dabei haben!“ wurde so nicht mehr wiederholt.

Ungeachtet dessen können wir feststellen „LINKS wirkt“. So manches mehr würde in der Bezirksversammlung und in den Ausschüssen im Konsens durchgewinkt, wenn wir da nicht säßen und die Gefahr bestünde, dass der Parteien übergreifende Konsens öffentlich würde. Gerade die sich bildende Bewegung des Widerstands gegen die Zurichtung der Stadt auf die Interessen von „Investoren“ und Tourismusindustrie würde nach meiner Einschätzung ganz anders diskutiert und behandelt, wenn da nicht auch wir säßen.

Wir setzen Themen auf die Tagesordnung, die den „Konsensparteien“ merklich unangenehm sind, wie zum Beispiel das Thema Hartz IV mit dem Antrag „Sanktionsmoratorium“. Durch die geführte Debatte darüber und dem Abstimmungsverhalten tritt der neoliberale Konsens in der Bezirksversammlung deutlich zu Tage. Unsere Aufgabe ist es dann, solche Debatten an die Öffentlichkeit zu tragen und den Menschen die Argumentation der anderen Fraktionen vor Augen zu führen, kurzum Aufklärungsarbeit zu leisten. Für diesen Zweck geben wir unsere Fraktionsbroschüre, die MITTLINKS, heraus, da die gängigen Medien unsere Pressemitteilungen nur selten aufgreifen. Die MITTLINKS erreicht sicherlich nur einen kleinen Teil der Öffentlichkeit, ist aber immerhin ein Anfang. An dieser Stelle sei die Lektüre noch einmal wärmstens den GenossInnen ans Herz zu legen, die an der Kommunalpolitik in Mitte und unserer Haltung dazu interessiert sind.

Wir haben nach dem tragischen Tod von Marcus und Babette im Februar 09 wieder Tritt gefasst und zu einer kontinuierlichen Arbeit gefunden. Olaf ist in kürzester Zeit zu einer Stütze der Fraktion geworden. Die Fraktion

trifft sich mindestens dreimal monatlich (Koordinationssitzung mit den MitarbeiterInnen der Bürgerschaftsabgeordneten, Fraktionssitzung und Vorbesprechung für die BV, meist auch noch zur Fraktionsversammlung). Daneben gibt es Besprechungen der Vorsitzenden mit dem Geschäftsführer. Im letzten Jahr haben wir uns auf einer Klausurtagung getroffen, um uns ganz intensiv, weitab vom Tagesgeschäft mit unserer Arbeit auseinanderzusetzen. Dies wollen wir in diesem Frühjahr wiederholen.

Wir sind in allen Ausschüssen kontinuierlich vertreten und außer den sechs Fraktionsmitgliedern sind momentan acht GenossInnen als zugewählte BürgerInnen in den Regionalausschüssen (Billstedt, Wilhelmsburg/Veddel, Hamm/Horn/Borgfelde (seit Spätsommer 09) sowie Finkenwerder) tätig, daneben sieben weitere in den Fachausschüssen. Zusätzlich sind weitere GenossInnen in den Beteiligungsgremien auf Stadtteilebene (Sanierungsbeiräte etc.) aktiv, so dass die kommunalpolitische Arbeit auf viele Köpfe und Schultern verteilt ist. Das ist gut so, aber auch ein (Kommunikations-)Problem: Die Fraktionsversammlung einmal im Monat erfüllt ihre Austausch- und Koordinierungsfunktion nur unzureichend, denn außer den Fraktionsmitgliedern sind meist nur drei bis fünf weitere GenossInnen anwesend. Da wünschte ich mir eine Verbesserung.

Zum „Output“ ist festzustellen, dass wir uns vor allem auf dem Gebiet der Anfragen tummeln und der Verwaltung scharf auf die Finger sehen. Besonders die WilhelmsburgerInnen tun sich da hervor. Auch auf diesem Gebiet war Lernen erforderlich, denn ganz offensichtlich ist es ein Sport der Befragten, auf globale Fragen keine oder ebenso globale Auskünfte zu geben. Hier ist Präzision und Liebe zum Detail gefragt.

Anträge stellen wir nicht sehr häufig, diese werden dann im Normalfall auch einmütig abgelehnt. Zur Begründung reicht dann oft aus, dass sie ja von uns gestellt sind.

Unser eigenes Abstimmungsverhalten richtet sich nach Inhalten. So kann es durchaus vorkommen, dass wir mit der CDU oder der FDP stimmen, wenn wir in der Vorbesprechung zu dem Ergebnis gekommen sind, dass wir das Antragsbegehren sinnvoll und richtig finden. Gleichwohl ist es sehr viel häufiger, dass wir uns den „Regierungsfraktionen“ SPD und GAL anschließen. Und nicht selten stimmen wir

auch ganz allein gegen einen Antrag, z.B. wenn wieder einmal mehr 1€-Jobs zur Sicherstellung eigentlich öffentlicher Aufgaben gefordert werden. Einen Fraktionszwang gibt es bei uns nicht.

Insgesamt muss mensch feststellen, dass der Kapitalismus in der und durch die Bezirksver-

sammlung nicht überwunden werden wird. Wir können manchmal grundsätzliche Kritik üben, die ungehört verhallt. Das heißt aber nicht, dass wir nicht doch kleine sinnvolle Verbesserungen für die Menschen erreichen können und das allein ist der Mühe wert.

Bernhard, ergänzt durch Sandra

Fraktion und Bezirksverband der Partei - Versuch einer Einschätzung des Verhältnisses

Die Fraktion ist natürlich Bestandteil des Bezirksverbands. Die GenossInnen haben Ende 2007 die KandidatInnenlisten aufgestellt und somit letztlich die Fraktionsmitglieder für die Bezirksversammlung ausgewählt. Nicht wenige weitere GenossInnen aus dem Bezirk sind ja auch in verschiedenen Rollen an der Kommunalpolitik beteiligt. Trotz einiger Reibungsverluste bei der ursprünglichen Auswahl dieser GenossInnen (das hatte auch damit zu tun, dass wir darauf nicht wirklich vorbereitet waren) ist auch das mit Beteiligung der Bezirksmitgliederversammlung geschehen. Das ist gut so und kann mit dafür sorgen, dass die Fraktion zurückgekoppelt bleibt an die Arbeit in den Stadtteilen. Alle arbeiten auf Grundlage der programmatischen Eckpunkte, des Bürgerchaftswahlprogramms und unserer Wahlausagen zur Bezirkswahl.

Die Fraktionsmitglieder und auch die zugewählten BürgerInnen sind regelmäßig bemüht, grundsätzliche Entscheidungen, die einzelne Stadtteile betreffen, in die Stadtteilgruppen zurückzuspiegeln und zu gemeinsamen Haltungen zu finden. (Übrigens ein Grund mehr, den Parteaufbau in allen Stadtteilen voranzutreiben! Das gilt auch für kommunalpolitische Arbeitskreise.) Das geht nicht in jedem Einzelfall, der berühmte Zebrastreifen oder der Radweg müssen nicht unbedingt vor dem Hintergrund des Standes der Klassenkämpfe in Westeuropa reflektiert werden. Da ist auch die schlichte Vernunft ausreichend, um „Ja“ oder „Nein“ zu sagen. Bei unterschiedlichen Auffassungen ist zumindest für mich klar, dass die Basisorganisation das letzte Wort hat. Aber die Organisation, nicht Einzelne, die sich zur Basis ernennen.

Die Entsendung von GenossInnen in die kommunalen Gremien ist aber auch ein Vertrauensvorschuss. Es kann nicht sein, dass jedes Aufheben der Hand in einem Ausschuss vorab diskutiert und genehmigt werden muss. Das würde die Arbeit lähmen bzw. unmöglich

machen. Selbstverständlich aber muss der/die Abgeordnete bereit und (hoffentlich) in der Lage sein, sein/ihr Verhalten im nachhinein zu erläutern. Das kann geschehen in der Fraktionssitzung, bei der Fraktionsversammlung (beides parteiöffentlich und im Mitteilungsang regelmäßig bekannt gegeben) oder aber in den Bezirksmitgliederversammlungen. Letzteres sollte aber die Ausnahme sein. Die langjährige Erfahrung lehrt mich, dass nicht alle GenossInnen an den „Niederungen der Kommunalpolitik“ interessiert sind und durch solche Debatten eher abgeschreckt werden. Kommunalpolitik ist schließlich nur ein Teilaspekt des Wirkens unserer Partei und nicht einmal der wichtigste, auch wenn KommunalpolitikerInnen natürlich dazu neigen, das ganz anders zu sehen ...

Regelmäßigen Austausch sollte es allerdings zwischen Fraktion und Bezirksvorstand geben. Gegenwärtig halten wir es so, dass wir die regelmäßige Anwesenheit des Bezirksvorstandsmitglieds Tilman bei den Aktivitäten der Fraktion für ausreichend halten. Inzwischen sind mir daran erhebliche Zweifel gekommen. Ich würde mir wünschen, dass wir uns regelmäßig, z.B. einmal im Monat, austauschen über ganz praktisch-organisatorische, aber auch über grundsätzliche inhaltliche Fragen, die in der Bezirksversammlung relevant sind bzw. werden. Müssen ja nicht immer alle sein, vielleicht je zwei Mitglieder von Fraktion und Bezirksvorstand.

Das heißt weder, dass die Fraktion dem Bezirksvorstand seine Agenda vorgeben möchte oder sollte, noch dass der Bezirksvorstand die Fraktion an der kurzen ideologischen Leine führen sollte (auch wenn er es vielleicht möchte?!). Aber ein wenig mehr Wissen voneinander und ein wenig mehr koordiniertes Vorgehen könnte Misstrauen/-verständnisse vermindern und Effizienz steigern helfen.

besel

Möglichkeiten und Grenzen

Wir haben uns entschlossen, als LINKE. In die parlamentarische Arbeit einzusteigen, auch wenn wir grundsätzliche Kritik am politischen System haben. Wir sind nicht so blauäugig, dass wir glauben, den Kapitalismus per Abstimmung in der Bezirksversammlung abschaffen zu können. Wir meinen auch nicht, dass der Sozialismus per Antrag in der Bürgerschaft eingeführt werden kann.

Wir verstehen uns als Sand im Getriebe der herkömmlichen Politik und als Sprachrohre der außerparlamentarischen Initiativen. Aber auch als diejenigen, die die Interessen der Lohnabhängigen wie der gesellschaftlich Ausgegrenzten in den parlamentarischen Alltag tragen. Das können wir leisten, wenn wir uns nicht auf die parlamentarische Arbeit beschränken, sondern z. B. auch in Initiativen und Gewerkschaften mitarbeiten, wenn wir uns in den Stadtteilen an den aktuellen Auseinandersetzungen beteiligen.

Genau da liegt aber auch die Grenze des Leistbaren für den/die EinzelneN. Für alle gibt es auch ein Leben neben und außerhalb der Politik, sei es der Beruf, seien es andere Interessen, die insgesamt erst ein lebenswertes Leben ausmachen.

Neue Möglichkeiten zur Mitarbeit (Erinnerung)

Durch eine Gesetzesänderung hat unsere Bezirksfraktion die Möglichkeit, für die Ausschüsse der Bezirksversammlung jeweils zwei (statt einem) „ständige VertreterInnen“ zu benennen. Das betrifft alle Ausschüsse mit Ausnahme des Hauptausschusses und des Jugendhilfeausschusses.

Somit *können* interessierte Mitglieder für folgende Ausschüsse benannt werden: Bauausschuss (BauA), Stadtplanungsausschuss (StPIA), Ausschuss für Wohnen und soziale Stadtentwicklung (WS), Ausschuss für Schule, Kita und Sport (SKS), Ausschuss für Soziales, Integration und Gesundheit (SIG), Ausschuss für Verkehr und Umwelt (VU), Ausschuss für das Management des öffentlichen Raums (MR), Ausschuss für Haushalt, Kultur und Wirtschaftsförderung (HKW) sowie für alle Regionalausschüsse (Billstedt, Finkenwerder, Hamm/Horn/Borgfelde, Wilhelmsburg).

Das ermöglicht uns, interessierten Menschen die Möglichkeit der Teilnahme zu eröffnen.

Es wäre illusorisch zu glauben, dass sechs Menschen in einer Bezirksfraktion den kompletten Überblick über das politische Geschehen in einem Bezirk mit 280.000 Menschen haben. Wir haben alle unsere Spezialgebiete und besonderen Interessen. Eine koordinierte Politik im beschriebenen Sinne kann nur funktionieren, wenn wir miteinander reden und den Kontakt untereinander sowie mit den Initiativen halten. Und wenn wir genug Vertrauen untereinander haben, um unseren GenossInnen zuzutrauen, dass sie vor Ort das Richtige tun. Da kann nicht immer der/die Fraktionsvorsitzende unterwegs sein, nicht einmal ein Fraktionsmitglied.

Wir brauchen klare Grundsätze und Ziele, über die wir uns verständigt haben. Die können dann von den verschiedenen Menschen in ihrem jeweiligen Umfeld verfolgt und vertreten werden, im Sinne von Aufklärung einerseits und Interessenvertretung andererseits.

Und auch wenn das gelingt, werden wir immer noch nicht jedes Detail in jedem Stadtteil im Blick haben können. Wir müssen auswählen im Sinne unserer Prioritäten und uns Schwerpunkte vornehmen. Und dann gilt es den langen Atem zu haben und nicht nachzulassen bei der Verfolgung unserer Ziele. B. S.-L.

Es gibt bereits einige Interessierte, so würden Tilman und ich gerne im HKW mitmachen, die BO St. Pauli möchte Markus Schneider-Johnen in den Bauausschuss entsenden (einfach, weil viele St. Pauli-Themen dort behandelt werden), für den VU interessiert sich die neu gewählte (Mit-) Sprecherin Sophie aus Wilhelmsburg. Weiteres hat mich vielleicht einfach noch nicht erreicht.

Ebenso sind wir immer noch schwach auf der Brust, was die Vertretung der LINKEN in den vielen Beteiligungsgremien im Hamburger Osten angeht.

Mein Interesse in diesem Zusammenhang ist es, dass diejenigen, welche für uns in Ausschüssen, Beiräten, etc. tätig sind bzw. sein wollen, auch den regelmäßigen Austausch mit zumindest einem Fraktionsmitglied pflegen. Wichtig ist es, möglichst mit einer Stimme zu sprechen und vor allem nicht auf jeder Ebene das Rad „politische Haltung der LINKEN“ neu zu erfinden. besel

Wider mein Erwarten –

4. Tagung unseres Parteitages ging in zweite Runde

Als einer der für Überweisung aller nicht behandelten Anträge an den Landesvorstand stimmenden vom Parteitagstreff in der Theodor-Haubach-Schule vom Anfang des November, war ich bei dessen zweitem Teil in einer anderen Altonaer Schule eigentlich vom Nichtzustandekommen wg. Beschlussunfähigkeit ausgegangen. Nix da! Sollte sich bei uns ein konsequentes Handeln durchsetzen, werden wir disziplinierter? Relativ schnell nach dem geplanten Eröffnungstermin ging es auch wirklich los, wir waren beschlussfähig! Bis auf den Antrag zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktionen, der aber in einer Struktur-Arbeitsgruppe beim Landesvorstand „in Arbeit“ sein soll, wurden die m.E. relevanten, verständlichen und nicht durch Zeitablauf obsolet gewordenen Anträge auch wirklich behandelt und abgestimmt. Gar hatte die Antragskommission in Vorbereitung des LPT sich wohl wirklich mal wieder an ihre Aufgabe gemacht, uns Delegierten eine Struktur bei der Behandlung der Anträge vorzuschlagen und an diesen auch schon mal mit den Antragsgegnern und -befürwortern im Vorfeld erste Klärungsversuche unternommen: löblich!

Was nun wurde beschlossen? Wir wollen uns als Partei an den Aktionen im Zuge des Volksentscheids gegen die Schulreform im Sommer beteiligen und wollen, ähnlich wie bei „Eine Schule für alle“ unter Führung der LAG Bildung eine innerparteiliche Schulung und Mobilisierung machen, um dann auf den Straßen und Plätzen für ein „Nein“ zu werben um wenigstens das etwas längere gemeinsame Lernen in

der Primarschule zu retten. Dies ist ja immerhin ein Anfang für längeres gemeinsames Lernen, welches ja für uns zentrales Anliegen ist. Sind wir ähnlich gut vorbereitet und engagiert dabei wie im letzten Jahr, dann wird es wieder nicht an uns gelegen haben, wenn's nicht klappen sollte, der Gucci-Fraktion und ihren vielen m.E. letztlich gegen die eigenen Interessen handelnden Unterstützern aus dem Volksbegehren in die Suppe zu spucken. Letztere übrigens gilt es zu überzeugen, da ist wahrlich viel zu tun... Diesen Monat wollen wir anfangen!

Der erste Absatz des von uns aus Mitte eingebrachten Antrages für eine Stadtpolitische Konferenz und dessen formulierter Auftrag (Antrag 9-G-O5) wurden beschlossen. Auseinandersetzungen gab es um die Frage, wann die nun stattfinden soll. Auf Intervention des Geschäftsführenden Landesvorstandes hin wurde sie für den Herbst festgelegt. Die von uns vorgeschlagenen Themen sind als Material an den Landesvorstand gegeben worden, wenn ich recht erinnere, weil die Versammlung der Meinung war, die Partei wäre da weiter als wir in unserem Antrag.

Im Frühjahr hingegen soll eine arbeitsmarkt – und beschäftigungspolitische Konferenz der Landespartei stattfinden (Antrag 9-G-02). Aus den LAG'en Betrieb & Gewerkschaft und Wirtschaft wurde sich dafür stark gemacht.

Mit einer halben Stunde Verspätung hatten wir's dann geschafft, zufrieden radelte ich nach St. Georg zurück. Weiter so!

V. Honold, Ersatzdelegierter

Ein-Euro-Jobs im Landschafts- und Gartenbau im Bezirk Mitte: Ohne uns!

Wer von euch wusste, dass im Bezirk Hamburg Mitte im Garten- und Landschaftsbau neun Arbeitskräfte in einem sozialversicherungsbeschäftigten Arbeitsverhältnis beschäftigt sind und vierundsiebzig Arbeitskräfte ihre Ware Arbeitskraft als Ein-Euro-JobberInnen verkaufen müssen? In einer „Anfrage“, besser gesagt, nach der dritten „Anfrage“ unserer Fraktion wurden uns diese Fakten mitgeteilt.

Diese sogenannten Maßnahmen nach § 16 Abs. 3 SGB II haben einen Sonderarbeitsmarkt geschaffen, der losgelöst von der deutschen Wirt-

schaft funktioniert. Dieser Sonderarbeitsmarkt hat weit reichende Auswirkungen auf den 1. Arbeitsmarkt und so auch auf die freie (soziale) Marktwirtschaft, die indirekt von Art. 12 GG gefordert wird. Die freie (soziale) Marktwirtschaft wird hier in Teilen außer Kraft gesetzt. Der Staat, der neben den sogenannten Wohlfahrtsverbänden und den Beschäftigungsträgern einer der Profiteure von den Ein-Euro-Jobs ist, hat jedes Recht verloren, die Menschen darauf hinzuweisen, sie mögen doch ihrer Mitwirkungspflicht bei der Suche nach einem Arbeitsplatz nachkom-

men, da sie sonst mit Kürzungen ihres Arbeitslosengeldes oder ihrer Hartz IV „Bezüge“ rechnen müssten.

Unabhängig davon, dass diese „Arbeitsplätze“ der Ein-Euro-JobberInnen, wie aus der Antwort des Bezirksamts auf unsere „Anfrage“ hervorgeht, mit der Forderung des SGB II, diese Arbeitsmaßnahmen müssen zusätzlich sein, nicht vereinbar sind und wir solche „Arbeitsplätze“ ablehnen, wird die Fraktion das Bezirksamt in einem Antrag auffordern, diese „Arbeitsplätze“ zu streichen oder in sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze umzuwandeln.

In unserer Partei vermisse ich die radikalere Lösung oder Schlussfolgerung aus solchen Verhältnissen, dass nämlich die kapitalistischen Produktionsverhältnisse die Produktivkräfte hemmen und somit unfähig sind, die gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Nur eine demokratisch sozialistische Produktionsweise kann die gesellschaftlichen Widersprüche lösen. Reformen sind zwar notwendig, beseitigen aber nicht den Ursprung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. In wie weit diese Analyse der Produktionsverhältnisse auch meine FraktionskollegInnen teilen, lasse ich mal offen -.

Ronald

Dokumentiert:

Brief von Christine Detamble-Voss an die Bürgerschaftsfraktion im Dezember

Liebe Genossinnen und Genossen,

bitte stimmt gegen das Rauchverbot!!!!

1. Das Rauchverbot eröffnet dem Überwachungsstaat neue Möglichkeiten der Überwachung und Kontrolle und Bestrafung. Im Privatleben kann dann so richtig losgelegt werden. Videokameras nicht nur auf den Straßen, sondern auch in Lokalen und anderen öffentlichen Treffpunkten. Und das mit Euren Stimmen??

2. Und dann die Möglichkeiten, unter dem Deckmantel des Nichtraucherschutzes, endlich erfolgreich das "Selbstverschuldungsprinzip" im Gesundheitswesen durchschlagend auszubauen. Ich sehe schon wie sich die Krankenkassen, Privatversicherungen, Ärzteverbände und die Gesundheitswirtschaft die Hände reiben. Welche Möglichkeiten neue Geldquellen zu eröffnen!!

In der Vergangenheit hat allein das Solidarprinzip der gesetzlichen Krankenkassen ähnliche Bestrebungen verhindern können. Nicht zuletzt auch durch die Selbstverwaltungsorgane.

Nun wird dieses Solidarprinzip durch die Kopfpauschale zerschlagen, was ja auch so gewollt ist. Damit ist die Tür geöffnet Raucherinnen und Raucher, Unsportliche, Fettleibige, Drogenabhängige, schlecht ernährte Alkoholranke, etc. auszugrenzen und extra zur Kasse bitten zu können.

"Die Volksgesundheit muss doch verdammt noch mal geschützt werden. Koste es was es wolle."

BESTRAFUNG BEGINNT MIT AUSSORTIEREN.

Nichtraucherschutz kann auch anders funktionieren. Die gesetzliche Regelung, sogar mit dem Bundesverfassungsgericht muss Euch doch hellhörig machen.

Bitte stimmt gegen dieses Gesetz es ist eine Falle, in die systemkritische Linke nicht tappen dürfen!

Grüße von Christine Detamble-Voss

Einladung: 2. Hamburger Friedensratschlag

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,
liebe Genossinnen und Genossen,

konsequente Friedenspolitik ist ein Markenzeichen der LINKEN und die friedenspolitische Arbeit innerhalb unserer Partei breit verankert. Viele Mitglieder arbeiten in verschiedenen Initiativen und Gruppen mit - jedoch bleibt die Vernetzung untereinander, zwischen der parlamentarischen und außerparlamentarischen Ebene, zwischen Friedensbewegung und Partei dabei bisweilen auf der Strecke. Um Informationen und Erfahrungen auszutauschen und uns über friedenspolitische Schwerpunkte zu verständigen, laden wir deshalb alle friedenspolitisch Aktiven und Interessierten, Mitglieder und Nahestehende herzlich ein zum

2. Hamburger Friedensratschlag

am **Sonnabend, 23. Januar 2010**

von 10 bis 17 Uhr

in den Räumen der Fraktion DIE LINKE. in der Hamburgischen Bürgerschaft
Curienstr. 2, 20095 Hamburg

Wie bei unserem ersten Ratschlag geht es sowohl um die Einschätzung zentraler politischer Konfliktlagen und eine (selbst-)kritische Bilanz der bisherigen friedenspolitischen Arbeit der LINKEN, als auch um die Verständigung über Initiativen im kommenden Jahr sowie Strategien zur besseren Vernetzung und Mobilisierung. Themenschwerpunkte sind diesmal:

Israel/Palästina

Input: Prof. Dr. Norman Paech (Völkerrechtler, ehem. MdB), Sönke Wandschneider (LAG Frieden und internationale Politik)

Afghanistan

Input: Jan van Aken (MdB, stv. Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Bundestag), Gunhild Berdal (LAG Frieden und Abrüstung), Christiane Schneider (MdBü, stv. Fraktionsvorsitzende DIE LINKE. in der Hamburgischen Bürgerschaft)

Rüstung und Militarisierung in Hamburg

Input: Lühr Henken (Hamburger Forum), Hartmut Ring (PädagogInnen für den Frieden), Horst Bethge (Landesvorstand DIE LINKE. Hamburg)

Der Ratschlag findet als Plenum statt; für einen Imbiss und Getränke ist gesorgt. Wir bitten um Anmeldung unter jan.vanaken@wk.bundestag.de, auch um euch ggf. weitere Tagungsunterlagen zuschicken zu können. Bitte bringt eure Info-Materialien zur Veranstaltung mit und gebt diese Einladung an potenziell Interessierte weiter.

Mit solidarischen Grüßen

Christiane Schneider (MdBü) Jan van Aken (MdB)
Zaman Masudi (Landessprecherin) Prof. Dr. Norman Paech

Aus der Arbeit der AG Studierendenpolitik:

Gemeinsames Flugblatt des **Bündnis für Aufklärung und Emanzipation (BAE!)**:
FachschaftsBündnis, harte zeiten und Liste LINKS

Opposition für Humanität als Wahrheit Programmatisches zur Wahl des Akademischen Senats

„Welt am Sonntag: Dieter Lenzen von der Freien Universität Berlin steht nun als neuer Präsident der Universität Hamburg fest. Wollen Sie sich mit ihm treffen?“

Kutsch: Auf jeden Fall. Die Universität Hamburg kann nur durch Kooperation mit der Industrie Exzellenzuniversität werden. Außerdem möchte ich ihm eine Mitgliedschaft beim IVH schmackhaft machen. Einige Hochschulen sind bereits Mitglied, die Universität nicht.“

Hans-Theodor Kutsch, Chef des Industrieverbandes Hamburg (IVH) im Interview mit der WamS: „Manches Projekt kommt viel zu langsam voran“, 13.12.09.

„Ein Mensch glaubt an Tomaten und Tabak. Der Mensch bin ich.“
Wolfgang Borchert: „Die lange, lange Straße lang“, Erzählung, 1947.

Das Dogma, Wissenschaft und Bildung den Forderungen privater, profitabler Industrie und ebensolchem Handel auszuliefern, wird fortgesetzt vertreten. Die Alternative dazu muß couragiert sein.

Senatorin Gundelach und Uni-Präsident in spe Dieter Lenzen haben eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht*. Es ist eine trauliche Vereinbarung über das „Weiter so“ im Falschen.

Denn: „Planungssicherheit“ in der Unterfinanzierung ist nicht öffentlich und demokratisch finanzierte Vielfalt der Fächer und kritische Pluralität der Methoden und Theorien. Dürftig Gestopfte Löcher machen keinen neuen Mantel.

„Studierbare“ Bachelor-/Master-Studiengänge sind kein solidarisches Lernen mit aufgeklärten Ambitionen in egalitären Strukturen.

Privatisierung der Finanzierung von Lehre („Sponsoring“) und eine anreizorientierte Lehrintensivierung stärken nicht die Einheit von Lehre und Forschung, das forschende Lernen und die Rechte der Universitätsmitarbeiter und Studierenden.

Sogenannte Exzellenz und deren finanzielle Förderung ist die Umverteilung des politisch geschaffenen Mangels nach opportunen Kriterien auf Kosten von Bildung und Wissenschaft zum allgemeinen Wohl. Elite und allgemeine Nützlichkeit sind unvereinbar.

Die bauliche Entwicklung in Abhängigkeit von dieser „Exzellenz“ ist Glas, Beton und Prestige statt einer menschlich brauchbaren, sozial vernünftigen und geschichtsbewußten Erweiterung der Universität. Transparenz und Ästhetik entstehen nicht durch Reih' und Glied. Und die vage Möglichkeit rudimentärer Beteiligung ist noch keine Befreiung von privater Einflußnahme und erst recht nicht die kollegiale und demokratische – also gemeinsame – Verfügung über die Entwicklung der Universität.

Der Akademische Senat, der dieser Tage neu gewählt wird, steht also wiederum vor der Herausforderung, alles besser zu machen. Das erfordert kritisch engagierte Vernünftige im Widerspruch zur hechelnden Erfolgskultur des gescheiterten Marktradikalismus und Paraden nach konservativen Werten.

So oder so: Der Mensch macht's. Möglich.

* Die Erklärung findet sich unter: <http://praesidentenfindung.wachsender-widerstand.de>

Information zu den Wahlen zum Akademischen Senat und zum Studierendenparlament an der Universität Hamburg.

Der **Akademische Senat** (AS) ist das höchste gewählte Gremium der Universitäts-Selbstverwaltung. Er soll das Präsidium in seiner Tätigkeit kontrollieren, hat Mitwirkungsrechte bei den Wahlen der Uni-Leitung und kann zu allen Fragen von allgemeinem Belang für die Hochschule Stellung nehmen. In dem 19-köpfigen Gremium stehen leider nur 3 Sitze für die Studierenden zur Verfügung.

Die Wahl ist eine Briefwahl. Die Briefe können an den Fachbereichen in die Wahlbriefkästen oder bis Montag, den 18. Januar 2010, 14 Uhr im Wahlamt, Edmund-Siemers-Allee 1 (Zi. 123-125) abgegeben oder per Post eingesendet werden.

Zum Akademischen Senat kandidieren Mitglieder der LINKEN auf der Liste des Bündnis für Aufklärung und Emanzipation (BAE!)

Das **Studierendenparlament** (StuPa) ist das höchste Gremium der Studentischen Selbstverwaltung. Es faßt Beschlüsse zu aktuellen (hochschul-)politischen Themen, bestimmt die Richtlinien für die Arbeit der Interessenvertretung und wählt den AstA.

Die diesjährige Wahl zum StuPa findet im Dezember als Briefwahl und 11.-15. Januar als Urnenwahl in den Fachbereichen (10-18 Uhr) statt.

Zum Studierendenparlament kandidieren von der Partei **Liste LINKS** (<http://student.org.uni-hamburg.de/LINKS/>) und die **Linke.SDS** (<http://dielinkesdsunihamburg.blogspot.com/>)

Termine in (und für) Mitte

Mittwoch, 13.01., 18:30 Uhr

**Lesung und Diskussion „Heißer Sommer“
von und mit UweTimm**

im Hörsaal A, Philosophenturm, Von-Melle-Park 6, Universität Hamburg

Freitag, 15.01., 16.00 Uhr

Fraktionssitzung

Büro, Borgfelder Straße 83

Samstag, 16.1., 14:00 Uhr

Bezirksmitgliederversammlung

Gemeinschaftsraum Drachenbau;
Schmilinskystraße 6 a
(Siehe S. 1-4, 10-11)

Mittwoch, 20.01., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe Wilhelmsburg/V.**
Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestr. 20

Mittwoch, 20.01., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe Hamm/Horn/
Borgfelde** (HaHoBo)
Büro Borgfelder Str. 83

Mittwoch, 20.01., 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Donnerstag, 21.01., 17:30 Uhr

Sitzung der **Bezirksversammlung**
(öffentlich)

Klosterwall 4 Block B, Sitzungssaal

Samstag, 23.01., 10 bis 17 Uhr

Friedensratschlag

Curiestraße 2 (S. S. 7)

Mittwoch, 27.01., 19:00 Uhr

Bezirksvorstandssitzung, parteiöffentlich
Fraktionsbüro, Borgfelder Straße 83

Samstag, 30.01., 14:00 Uhr

Treffen der BO-SprecherInnen

Fraktionsbüro, Borgfelder Straße 83

Februar 2010

Dienstag, 02.02., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**

Haus der Grauen Panther HH e.V.,
Lerchenstr. 37

Mittwoch, 03.02., 19:00 Uhr

Bezirksvorstandssitzung, parteiöffentlich
Fraktionsbüro, Borgfelder Straße 83

Mittwoch, 03.02., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe Wilhelmsburg/V.**
Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestr. 20

Mittwoch, 17.02., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe Hamm/Horn/
Borgfelde** (HaHoBo)
Büro Borgfelder Str. 83

Mittwoch, 17.02., 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite
der Partei: www.die-linke-hh.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Festnetz

Handy

Mail

Bezirksvorstand:	Festnetz	Handy	Mail
Anna Arthur	040 22 75 84 84		A.Arthur@gmx.net
Verena Brachvogel	040 439 77 01		Verena.Brachvogel@gmx.de
Tilman Rosenau (Mittenmang)	040 713 49 21		Tilman.Rosenau@tele2.de
Tony Schinkowski	040 41 16 90 09		ts@best-side.de
Christine Wolfram (Schatzmeisterin)	040 754 55 85		christinewolfram@alice-dsl.de
<i>nachrichtlich:</i>			
Bernhard Stietz-Leipzig (nur Mittenmang)	040 24 57 40		stietz-leipzig@t-online.de
Landesgeschäftsstelle Martin Wittmaack	040 389 21 64		geschaeftsstelle@die-linke-hh.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08		geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto: DIE LINKE. BV Hamburg-Mitte, Konto 852 539 206, Postbank Hamburg BLZ 200 100 20

Dokumentiert als Grundlage für unsere Diskussion am 16.1.: Der Begleitbrief der Arbeitsgruppe (Auszüge), die Grundsätze zum Verhältnis von Partei und Fraktion sowie Vorschläge zu Mandatsträgerabgaben.

Liebe Genossinnen und Genossen aus den Bezirks- und Ortsvorständen, den Bezirksfraktionen und der Bürgerschaftsfraktion sowie aus den Zusammenschlüssen,

...

Zur Diskussion dieser Texte noch ein Hinweis: Bitte diskutiert die Papiere zum Verhältnis Partei/Fraktion sowie die Vorschläge zu einer Mandatsträgerbeitragsordnung gleichrangig. Wir haben nämlich nach den ersten Rückmeldungen die Erfahrung gemacht, dass die Angelegenheit der Mandatsträgerbeiträge auf großes Interesse stößt und die des Verhältnisses Partei/Fraktion weniger beachtet wird. Das ist sachlich aber in keiner Weise gerechtfertigt. Die Ergebnisse sollen zusammengefasst und eingearbeitet und schließlich dem Landesvorstand und dem Landesparteitag zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Unser zentrales Anliegen ist, dass das Verhältnis Partei und Fraktionen sowie Mandatsträgerbeiträge wirklich auf breiter Front in der Mitgliedschaft diskutiert worden ist, bevor es zu einer Beschlussfassung im Landesverband kommt. Kurz zur Vorgeschichte:

Die Empfehlungen der Kommission basieren auf dem mitgeschickten ursprünglichen Antrag zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Partei und Fraktion des OV Walddörfer/Alstertal an den Landesparteitag, der nicht behandelt werden konnte und dann nicht an den Lavo, sondern an die nächste Tagung des LPT verwiesen wurde, die mangels Beschlussfähigkeit leider nicht stattfinden konnte. In dieser Situation hat der Landesvorstand beschlossen, sich der nicht behandelten Anträge anzunehmen. ... Natürlich ist die Höhe der Beiträge der Kern der Sache und wird entsprechend strittig sein. Wie strittig, das wird die Diskussion zeigen. Wir haben uns dabei an der Regelung für die Bürgerschaftsfraktion orientiert, die der Landesparteitag nach der Wahl 2008 beschlossen hat, und auf die Bezirksfraktionen angewendet. Bitte behandelt diese Vorschläge auf eurer nächsten Sitzung und gebt uns eine Rückmeldung bis spätestens 15. Februar.

Mit solidarischen Grüßen
Dora Heyenn, Herbert Schulz, Peter Heim,
Christian Kruse

Empfehlungen für die Zusammenarbeit von Partei und Fraktionen.

Seit dem Einzug der Linken in die Bürgerschaft und alle Bezirksversammlungen ist die Zusammenarbeit der Fraktionen und der Parteiorganisationen ein immer wieder und oft heiß diskutiertes Thema. Die folgenden Empfehlungen sind ein Beitrag zur Versachlichung und wollen orientierend auf die politische Praxis wirken.

Die gewählten Abgeordneten und die Fraktionen sind frei in ihren Entscheidungen und Handlungen. Das ist die Rechtslage und als Grundsatz der unstrittige Ausgangspunkt. Gleichwohl ist es für eine linke Partei, die die Gesellschaft verändern will, unabdingbar, dass das Handeln der Fraktionen Ausfluss der Politikentwicklung der Partei insgesamt ist. Die Fraktionen sind Teil einer Linken, die sich als aktive Mitgliederpartei versteht. Aufgrund ihrer Funktion im politischen System und ihrer Bedeutung in den politischen Auseinandersetzungen agieren sie jedoch in besonders hervorgehobener Position und sind im parlamentarischen Prozess ganz eigenen Zwängen und Gesetzmäßigkeiten unterworfen. Die Verzahnung und die Abstimmung der Ar-

beit der Fraktionen mit den Aktivitäten der Partei, ihrer Gliederungen und Zusammenschlüsse ist daher zentrale Aufgabe im Landesverband, bei der wir noch über keine oder nur wenig praktische Erfahrung verfügen. Vor diesem Hintergrund sind die folgenden Empfehlungen zu verstehen.

1. Der kontinuierlichen und aktiven Mitarbeit von Mitgliedern in außerparlamentarischen Initiativen, Verbänden und den Gewerkschaften kommt besondere Bedeutung zu. Sie wird von der LINKEN nach Kräften unterstützt.
2. Bei dieser Zusammenarbeit spielen die Arbeitsgemeinschaften eine besondere Rolle. Es ist anzustreben, dass Abgeordnete, Ausschussmitglieder und Deputierte sich in den Erfahrungs- und Informationsaustausch mit den AGs einbringen.
3. Zur Koordination der Arbeit und der gemeinsamen Politikentwicklung nehmen Vertreter der Fraktionen regelmäßig an den

- jeweiligen Vorstandssitzungen teil und umgekehrt.
4. Damit die LINKE auch in den Bezirken eine Adresse hat, wird den Bezirksfraktionen empfohlen, gemeinsam mit den Bezirksverbänden und der Bürgerschaftsfraktion eine entsprechende materielle Infrastruktur zu schaffen. Die strengen Regeln der Parteienfinanzierung und der Finanzierung der Fraktionen sind strikt einzuhalten. Zur Förderung des Meinungsaustauschs mit der Bevölkerung sollten die Bezirksfraktionen zusammen mit den jeweiligen Parteigliederungen regelmäßig öffentliche Veranstaltungen über die Arbeit durchführen.
 5. Die Bürgerschaftsfraktion und die Bezirksfraktionen stellen ihre Vorschläge für die Besetzung des jeweiligen Fraktionsvorstandes dem Landesparteitag bzw. den Bezirksmitgliederversammlungen vor, damit über den Weg von Empfehlungen Einvernehmen über die Besetzung hergestellt werden kann.
 6. Die Fraktionsvorstände sollten mindestens alle zwei Jahre gewählt werden.
 7. Der Landesvorstand wird beauftragt, zusammen mit den Fraktionen und dem Landesfinanzrat eine Mandatsträgerbeitragsordnung für Abgeordnete zu erstellen. Den Fraktionen wird empfohlen, jeweils einen Projektfond einzurichten, der Initiativen vor Ort und demokratische und soziale Projekte unterstützt.
 8. Bei der Auswahl von bezahlt tätigen Fraktionsgeschäftsführern und Pressesprechern sollte zwischen Parteivorständen und Fraktionen Einvernehmen hergestellt werden.
 9. Alle Beschäftigungsverhältnisse sollten grundsätzlich öffentlich ausgeschrieben werden. Bei der Besetzung sollte der Vorstand der jeweiligen Parteigliederung einbezogen werden.
 10. Die Fraktionen passen ihre Geschäftsordnungen nach Beschlussfassung diesen Regeln an.
- Hamburg, im November 2009

Elemente einer Mandatsträgerbeitragsordnung für Bezirke

1. Diese Mandatsträgerbeitragsordnung gilt für Bezirksabgeordnete (Mandatsträgerbeitragsordnung für die Bürgerschaftsfraktion folgt). Die unten genannten Mandatsträgerbeiträge sind als Mindestbeitrag zu verstehen. Zubenannte Bürger leisten keinen Mandatsträgerbeitrag.
 2. Mit der Kandidatur für ein Mandat erkennen die BewerberInnen die Mandatsträgerbeitragsordnung als verbindlich an und bekunden das durch ihre Unterschrift.
 3. Diese Mandatsträgerbeitragsordnung gilt für parteilose Mitglieder linker Fraktionen in gleicher Weise.
 4. Die Mandatsträgerbeiträge werden von den Aufwandsentschädigungen der Abgeordneten berechnet. Sitzungsgelder bleiben außer Betracht.
 5. Von der einfachen Aufwandsentschädigung werden 10 %, von der zweiten Aufwandsentschädigung für stellvertretende Fraktionsvorsitzende sowie von der dritten Aufwandsentschädigung für die Vorsitzenden 15 % berechnet und auf ganze Euro aufgerundet. Daraus ergibt sich ein Mandatsträgerbeitrag für einfache Abgeordnete von 37 Euro, für stellvertretende Vorsitzende 88 Euro und für Vorsitzende 150 Euro. Die Summe dieser Beträge ergibt den Mandatsträgerbeitrag der Fraktion (beträgt im Ergebnis zwischen 10 % und 12 % der gesamten Aufwandsentschädigung der Fraktion). Werden die Aufwandsentschädigungen erhöht, sind die Mandatsträgerabgaben entsprechend anzupassen.
 6. Können Abgeordnete den Mindestbeitrag nicht in voller Höhe zahlen, so kann dieser Beitrag reduziert werden. In diesem Fall nimmt die jeweilige Fraktion einen internen Sozialausgleich vor, sodass der gesamte Mandatsträgerbeitrag der Fraktion in der Regel davon unberührt bleibt.
 7. Spenden der Fraktionsmitglieder in einen Soli- oder Projektfond der jeweiligen Fraktion werden zusätzlich geleistet sind mit den Mandatsträgerbeiträgen nicht verrechenbar.
 8. Die Zahlung der Mandatsträgerbeiträge ist in der Regel monatlich zu leisten.
- Schlussbemerkung:
- Je größer unsere Fraktionen, desto größer die Mandatsträgerbeiträge für die Partei.
- Hamburg im November 2009